



Ausschussdrucksache 21(11)85
vom 19. Februar 2026

Schriftliche Stellungnahme

Dr. Moritz Marbach

Öffentliche Anhörung

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gewährung von Leistungen für Personen, die in Anwendung der Richtlinie 2001/55/EG eine Aufenthaltserlaubnis zur Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz erhalten oder beantragt haben
(Leistungsrechtsanpassungsgesetz)
BT-Drucksache 21/3539

b) Antrag der Fraktion der AfD
Bürgergeldbezug für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine beenden
BT-Drucksache 21/588

c) Antrag der Fraktion der AfD
Dauerduldungen unattraktiver machen durch Abschaffung der Analogleistungen nach § 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes
BT-Drucksache 21/1073

d) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Chancen statt Chaos – Bürokratie abbauen, Integration ukrainischer Geflüchteter sichern
BT-Drucksache 21/2802

e) Antrag der Fraktion Die Linke
Grundrechte verwirklichen – Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen statt ausweiten, Haushalte der Länder und Kommunen entlasten
BT-Drucksache 21/3571

Schriftliche Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gewährung von Leistungen für Personen, die in Anwendung der Richtlinie 2001/55/EG eine Aufenthaltserlaubnis zur Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz erhalten oder beantragt haben (Leistungsrechtsanpassungsgesetz)

Dr Moritz Marbach, Associate Professor in Data Science & Public Policy, UCL

19. Februar 2026

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung regelt den Rechtskreiswechsel ukrainischer Geflüchteter mit Aufenthaltserlaubnis ab dem 1. April 2025. Für die Betroffenen ergeben sich zwei zentrale Änderungen: Erstens erhalten sie künftig Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) anstelle von Bürgergeld und verlieren den Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung. Zweitens entfällt die Betreuung durch die Jobcenter mit deren Strukturen zur Arbeitsmarktberatung und -vermittlung.

In dieser Stellungnahme bewerte ich beide Änderungen auf Grundlage aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung – insbesondere Studien, die mittels moderner statistischer Verfahren und insbesondere administrativer Daten die kausalen Effekte politischer Reformen von anderen Einflussgrößen isolieren. Dabei greife ich sowohl auf neue Studien aus und zu Deutschland als auch auf internationale Studien zurück.

Intensive Beratung durch Jobcenter beschleunigt Arbeitsmarktintegration nachweislich

Geflüchtete sind beim Zugang zum Arbeitsmarkt mit besonderen Hürden konfrontiert: begrenzte Sprachkenntnisse, langwierige Anerkennungsverfahren für Qualifikationen, Unkenntnis lokaler Arbeitsmarktinstitutionen, psychische Belastungen durch Flucht und Traumatisierung sowie Diskriminierung bei der Stellensuche. Diese Faktoren führen zu dauerhaft niedrigeren Beschäftigungsquoten und Einkommen im Vergleich zu Einheimischen und anderen Migrant:innen. Frühe und gezielte Interventionen sind daher entscheidend, um diese Integrationslücke zu verringern.

Neben der Abschaffung von Arbeitsverboten (Marbach et al., 2018) sind Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsvermittlung, Beratung, Qualifizierung und Lohnkostenzuschüsse) ein zentrales Instrument. Ihre Wirksamkeit für die allgemeine Bevölkerung ist gut dokumentiert (Card et al., 2018). Für die Gruppe der Geflüchteten deuteten bereits ältere Studien aus Schweden und Dänemark darauf hin, dass intensives Coaching durch professionelle Arbeitsvermittler:innen die Beschäftigungswahrscheinlichkeit von Geflüchteten signifikant erhöht (Andersson Joona and Nekby, 2012; Clausen et al., 2009).

In Deutschland wurde mit dem Job-Turbo im Oktober 2023 ein Programm geschaffen, das genau auf diese Erkenntnisse setzt: Durch proaktive und intensive Beratung sollen ukrainische Geflüchtete rasch in den Arbeitsmarkt integriert werden. Konkret werden Geflüchtete kurz vor oder nach dem Abschluss des Integrationskurses aktiv von den Jobcentern kontaktiert, und die Beratung wird für sechs Monate deutlich intensiviert mit Kontakten etwa alle sechs Wochen. Der

Fokus liegt auf einem raschen Jobeinstieg, während berufsbezogene Sprachförderung und die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen parallel zur Stellensuche und Beschäftigung weitergeführt werden.

Gemeinsam mit meinen Koautoren habe ich die Wirkung des Job-Turbo bis August 2025 auf Basis administrativer Daten der Bundesagentur für Arbeit untersucht (Hainmueller et al., 2025). Insbesondere untersuchen wir, ob sich die Kontakthäufigkeit zwischen Arbeitsvermittler:innen und arbeitslosen Geflüchteten in den Jobcentern sowie der Abgang von Geflüchteten aus der Arbeitslosigkeit in Beschäftigung verbessert. Anders als in früheren Betrachtungen zur Wirkung des Job-Turbo untersuchen wir die Wirkung auf der Ebene der Jobcenter an und isolieren die kausalen Effekte des Job-Turbo von allgemeinen Trends im Arbeitsmarkt.

Die Ergebnisse sind eindeutig: Der Job-Turbo hat die Kontakte zwischen Arbeitsvermittler:innen und ukrainischen Geflüchteten substanziell erhöht und dadurch deren Vermittlungen in Arbeit deutlich gesteigert. Die Kontaktquote stieg um 15 Prozentpunkte, was einer Steigerung von 54 Prozent gegenüber dem Ausgangsniveau im September 2023 entspricht. Die Abgangsrate in Beschäftigung erhöhte sich um 1,8 Prozentpunkte, was einer Verdopplung (113 Prozent) gleichkommt. Über den Beobachtungszeitraum von 23 Monaten entspricht dies etwa 491.000 zusätzlichen Beratungskontakten und 58.000 zusätzlichen Arbeitsaufnahmen bei den ukrainischen Geflüchteten.

Entscheidend ist, dass diese Beschäftigungseffekte nachhaltig sind. Die Zuwächse konzentrieren sich auf reguläre, nicht subventionierte Beschäftigung, während geringfügige Beschäftigungen ("Minijobs") nur marginal zunehmen. Wir beobachten außerdem eine hohe Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse über den Untersuchungszeitraum von fast 2 Jahren. Die positiven Effekte zeigen sich breit über verschiedene Regionen, wobei sie in Regionen mit mehr offenen Stellen erwartbar etwas stärker ausfallen.

Wir finden auch keine nennenswerten Hinweise auf längerfristige Verdrängungseffekte zulasten Deutscher oder anderer Migrant:innen – weder in Form reduzierter Beratungsleistungen noch geringerer Beschäftigungsübergänge in Jobcentern mit vielen Geflüchteten. Eine Kosten-Nutzen-Analyse deutet darauf hin, dass der Job-Turbo bereits nach etwa zwölf Monaten fiskalische Nettogewinne generiert, die danach weiter ansteigen.

Einschnitte bei der sozialen Absicherung verursachen langfristige gesellschaftliche Kosten

Neben der aktiven Arbeitsmarktpolitik beeinflusst auch die soziale Absicherung die Integration von Geflüchteten. Einerseits kann eine geringe soziale Absicherung Anreize zur Arbeitsaufnahme setzen und spart kurzfristig staatliche Ausgaben. Andererseits kann sie Armut verschärfen und langfristig höhere staatliche Ausgaben verursachen.

Das AsylbLG regelt seit November 1993 die soziale Absicherung insbesondere von Geflüchteten. Es schuf ein separates Leistungssystem außerhalb der regulären Sozialhilfe. Die Leistungen unterscheiden sich sowohl in der Höhe als auch im Zugang zu Gesundheitsversorgung vom Regelsystem. Für eine alleinstehende geflüchtete Person außerhalb einer Unterkunft beträgt

die monatliche Grundleistung aktuell 455 Euro (Bedarfsstufe 1), während die vergleichbare Regelbedarfsstufe 1 im Bürgergeldbezug 563 Euro beträgt¹.

Personen unter dem AsylbLG haben in den ersten 36 Monaten ihres Aufenthalts, der sogenannten Wartefrist, nur Anspruch auf Behandlung akuter und schmerzhafter Zustände, Schwangerschafts- und Geburtsbetreuung sowie Impfungen. Mit Ausnahme von Bundesländern, die eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge eingeführt haben, müssen Betroffene sich für jeden Arztbesuch einen Behandlungsschein beantragen, der zeitlich befristet ist. Erst nach Ablauf der Wartefrist erhalten sie eine reguläre Krankenversichertenkarte und Zugang zum vollen Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung.

Die Annahme, dass diese Restriktionen Kosten sparen, wird durch empirische Evidenz infrage gestellt. Eine Studie zu den fiskalischen Effekten des AsylbLG analysierte administrative Daten des Statistischen Bundesamts für den Zeitraum 1994 bis 2013 (Bozorgmehr and Razum, 2015). Die Ergebnisse zeigen, dass die Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben bei eingeschränktem Zugang nicht niedriger, sondern im Durchschnitt um 40 Prozent beziehungsweise 376 Euro pro Person und Jahr höher waren. Gleichzeitig zeigen die Autoren, dass nach der Verlängerung der Wartezeit von 12 auf 36 Monate im Jahr 1997 die Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben für die Betroffenen sprunghaft anstiegen. Dies stützt die Interpretation der Autoren, dass ein Teil der Kostendifferenz auf verzögerte Behandlungen zurückzuführen ist und auf erhöhte Verwaltungskosten.

Diese deutschen Befunde fügen sich in ein konsistentes internationales Bild. Die wohl rigoroseste Evidenz zu den Langzeitfolgen niedriger Sozialleistungen für Geflüchtete stammt aus Dänemark, wo die Start-Help-Reform von 2002 die Transferzahlungen für neu ankommende Geflüchtete um etwa 40 Prozent kürzte (Dustmann et al., 2024a). Die Reform erhöhte die Beschäftigung kurzfristig: Im ersten Jahr nach der Ankunft fanden 19,5 Prozent der betroffenen neu ankommenden Geflüchteten eine Beschäftigung, ein deutlicher Anstieg relativ zu den 10,3 Prozent bei der Kohorte vor der Reform. Der Anstieg konzentrierte sich jedoch in Helfertätigkeiten und klang bereits ab dem zweiten Jahr nach Ankunft ab. Mittelfristig, d.h. 3–5 Jahre nach Ankunft, waren keine nachhaltigen Beschäftigungsgewinne im Vergleich zu Kohorten vor der Reform statistisch feststellbar. Stattdessen führte die Reform zu mehr Armut und Kriminalität. Die Kriminalitätsrate stieg bei betroffenen Geflüchteten im ersten Jahr nach der Einreise um etwa 125 Prozent – von rund 1,8 Prozent der Kohorten vor der Reform auf rund 4 Prozent. Dieser Anstieg war fast ausschließlich auf Eigentumsdelikte (insbesondere Ladendiebstahl in Supermärkten) zurückzuführen.

Die weitere Evidenz zeigt, dass die Leistungskürzungen anhaltend negative Auswirkungen auf Kinder in betroffenen Familien hatten (Dustmann et al., 2024b). Kinder, die während der Vorschul- und Schulzeit von den Kürzungen betroffen waren, erzielten schlechtere Schulnoten, berichteten geringeres subjektives Wohlbefinden, erwarben seltener weiterführende Abschlüsse

¹<https://www.bmas.de/DE/Soziales/Sozialhilfe/LeistungenAsylbewerberleistungsgesetz/leistungssaetze-asylbewerberleistungsgesetz.html> und <https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Grundsicherung-Buergergeld/Leistungen-und-Bedarfe-im-Buergergeld/leistungen-und-bedarfe-im-buergergeld.html>

und hatten als Erwachsene niedrigere Beschäftigungsraten und Einkommen. Zudem hatten diese Kinder deutlich erhöhte Verurteilungswahrscheinlichkeiten für Eigentums- und, anders als bei Erwachsenen, Gewaltdelikte.

Die Autor:innen schätzen, dass der dänische Staat durch die Reform 16 Jahre nach Einführung einen Verlust von mindestens 12.000 US-Dollar (in Preisen von 2020) pro durchschnittlicher Geflüchtetenfamilie macht. Dieser Wert spiegelt wider, dass die kurzfristigen Beschäftigungsgewinne der betroffenen Erwachsenen durch die langfristigen staatlichen Kosten in Form niedrigerer Einkommen der Kinder und erhöhter Kriminalität deutlich überwogen werden.

Fazit

Der vorliegende Gesetzentwurf hat aus Sicht der sozialwissenschaftlichen Forschung zwei problematische Konsequenzen.

Erstens ist zu erwarten, dass sich die Arbeitsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter deutlich verlangsamt, da sie nicht mehr durch die Jobcenter betreut werden. Die Evidenz zum Job-Turbo zeigt, dass gerade die proaktive und intensive Beratung durch die Jobcenter maßgeblich zur raschen Arbeitsmarktintegration beigetragen hat. Der Wegfall dieser bewährten Strukturen ist bereits aus rein finanzpolitischer Perspektive problematisch: Dem Staat entstehen Kosten durch längeren Leistungsbezug, und es entgehen ihm Lohnsteuereinnahmen.

Zweitens bedeutet der Wechsel ins AsylbLG eine erhebliche Kürzung der sozialen Absicherung. Für eine alleinstehende Person außerhalb einer Unterkunft reduziert sich die monatliche Transferleistung von 563 auf 455 Euro – eine Kürzung um rund 19 Prozent. Die Forschung zeigt, dass solche Kürzungen zwar kurzfristig die Beschäftigung leicht erhöhen können, diese Effekte waren aber nicht von Dauer. Langfristig verursachen Leistungskürzungen erhebliche gesellschaftliche Kosten durch negative Auswirkungen vor allem bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen. Der verlangsamte Zugang zum regulären Gesundheitssystem ist wahrscheinlich mit höheren Gesundheitsausgaben verbunden und bedeutet für die Betroffenen eine verzögerte medizinische Versorgung.

Aus Sicht der sozialwissenschaftlichen Forschung wirkt der Gesetzentwurf integrationspolitisch kontraproduktiv und fiskalisch nachteilig; insofern kann er nicht empfohlen werden.

Literatur

- P. Andersson Joona and L. Nekby. Intensive Coaching of New Immigrants: An Evaluation Based on Random Program Assignment. *The Scandinavian Journal of Economics*, 114(2):575–600, 2012. doi:[10.1111/j.1467-9442.2011.01692.x](https://doi.org/10.1111/j.1467-9442.2011.01692.x).
- K. Bozorgmehr and O. Razum. Effect of Restricting Access to Health Care on Health Expenditures Among Asylum-Seekers and Refugees: A Quasi-Experimental Study in Germany, 1994–2013. *PloS one*, 10(7):e0131483, 2015. doi:[10.1371/journal.pone.0131483](https://doi.org/10.1371/journal.pone.0131483).
- D. Card, J. Kluve, and A. Weber. What Works? A Meta Analysis of Recent Active Labor Market Program Evaluations. *Journal of the European Economic Association*, 16(3):894–931, 2018. doi:[10.1093/jeea/jvx028](https://doi.org/10.1093/jeea/jvx028).
- J. Clausen, E. Heinesen, H. Hummelgaard, L. Husted, and M. Rosholm. The Effect of Integration Policies on the Time until Regular Employment of Newly Arrived Immigrants: Evidence from Denmark. *Labour Economics*, 16(4):409–417, 2009. doi:[10.1016/j.labeco.2008.12.006](https://doi.org/10.1016/j.labeco.2008.12.006).
- C. Dustmann, R. Landersø, and L. H. Andersen. Refugee Benefit Cuts. *American Economic Journal: Economic Policy*, 16(2):406–441, 2024a. doi:[10.1257/pol.20220062](https://doi.org/10.1257/pol.20220062).
- C. Dustmann, R. Landersø, and L. H. Andersen. Unintended Consequences of Welfare Cuts on Children and Adolescents. *American Economic Journal: Applied Economics*, 16(4):161–185, 2024b. doi:[10.1257/app.20230519](https://doi.org/10.1257/app.20230519).
- J. Hainmueller, M. Marbach, D. Hangartner, N. Harder, and E. Vallizadeh. Refugee Labor Market Integration at Scale: Evidence from Germany’s Fast-Track Employment Program. Working Paper 25-02, Immigration Policy Lab, September 2025. doi:[10.31235/osf.io/px9ew_v2](https://doi.org/10.31235/osf.io/px9ew_v2).
- M. Marbach, J. Hainmueller, and D. Hangartner. The Long-term Impact of Employment Bans on the Economic Integration of Refugees. *Science Advances*, 4:eaap9519, 2018. doi:[10.1126/sciadv.aap9519](https://doi.org/10.1126/sciadv.aap9519).